



11. Juni 2015

Der Erfolg der Schweiz steht auf drei Beinen: Rechtsstaatlichkeit, hohes Bildungsniveau und eine verlässliche, solide Verwaltung.

Referat von Regierungsrätin Jacqueline Fehr an der Mitgliederversammlung des Vereins Zürcher Gemeindeschreiber und Verwaltungsfachleuten (VZGV)

Geschätzte Damen und Herren, sehr geehrter Herr Baumberger

Dass ich heute unter Ihnen sehr darf, freut mich deshalb ganz besonders.

Als kommunale Verwaltungsfachleute, Gemeindeschreiberinnen und Gemeindeschreiber verkörpern zu einem grossen Teil sie die verlässliche und solide Verwaltung. Gemeinden, die gut funktionieren, tun es wegen der guten Verwaltung. Gemeinden, die schlecht funktionieren, wegen der Politik.

Nun: Unsere Gemeinden und unser Kanton funktionieren sehr gut. Wir sind in vielen Beziehungen in der Schweiz vorbildlich und werden auch in Zukunft Taktgeber sein. Daran will ich zusammen mit Ihnen weiterarbeiten. Lassen Sie uns das im Dialog tun und die Herausforderungen gemeinsam angehen.

Ich kenne das Gemeindeleben gut. Meine Kindheit und Jugend verbrachte ich in Elgg. Ich wurde dort volljährig und habe dort die ersten Gemeindeversammlungen besucht. Ich war in den Dorfvereinen sehr aktiv und habe mich auch rasch in die Gemeindepolitik eingemischt. Seit rund 25 Jahren wohne ich in Winterthur. Dort habe ich mit der Wahl in den grossen Gemeinderat 1990 meine ersten Parlamentserfahrungen gemacht. Gemeinden entscheiden über wesentliche Fragen unseres Alltags. Sie sind wegen ihrer Nähe zu den Bewohnerinnen und Bewohnern zentrale Bestandteile unseres Staates. Selbstverständlich gibt es übergeordnete Fragen, die man besser kantonal oder national regelt. Aber welche Angebote uns zum Wohnen im Alter zur Verfügung stehen, wie engagiert unsere Schule ist, wie rasch sich Menschen hier zuhause fühlen: über diese und viele andere Fragen entscheiden die Gemeinden.

Gerade weil die Gemeinden für zentrale staatliche Leistungen verantwortlich sind, müssen sie diese auch zeitgemäss, verlässlich und in guter Qualität erbringen. Dazu brauchen sie:

1. Fähiges Personal
2. Mindestgrösse
3. Zeitgemässe gesetzliche Grundlagen
4. genügend Mittel

Lassen Sie mich diese vier Punkte etwas vertiefen:

- Zum Personal: Die Gemeinden funktionieren nur deshalb so gut, weil die Verwaltungsfachleute ihre Arbeit gut und umsichtig machen. Und wenn Sie hier glauben, dass ich Ihnen nur Honig um den Mund streichen möchte, stelle sich die Gegenfrage: Was oder wer sonst könnte fürs gute Funktionieren der Gemeinde verantwortlich sein. Ihr Verband, der VZGV, trägt mit Fortbildungen, einer Stellenbörse, mit Vernehmlassungen und mit Arbeit in Fachgruppen entscheidend zur Quali-



tät bei. Speziell erwähnen will ich hier die vom VZGV initiierten und gestalteten Bildungsangebote an der zhaw in Winterthur, sowie die neu geplante Fachausbildung an der KV-Business-School. Ich freue mich auch sehr, dass Sie das Projekt Gemeindefachschule vorantreiben. Sie sorgen also selber dafür, dass die Qualität des Personals in den Gemeindekanzleien stimmt. Gerne versichere ich Ihnen hier: Sie haben für diese Projekte meine Unterstützung.

- **Mindestgrösse:** Die Professionalisierung auf vielen Feldern des öffentlichen Lebens schreitet voran. Immer mehr Bewohnerinnen und Bewohner würden am liebsten möglichst viele Kontakte mit den Gemeinden auf elektronischem Weg abwickeln oder sonst gern abends um 7 an den Schalter kommen. Sie wissen, was das heisst. Es bedeutet sehr viel Aufwand. Das ist nur ein Grund, warum Gemeinden eine gewisse Grösse haben müssen. Ich weiss, dass man dem Kanton da und dort vorwirft, er zwinge Gemeinden mit dem neuen Gemeindegesetz und dem Finanzausgleich Fusionen nahezu auf. Man mag das so sehen. Doch in Wahrheit kommt der Druck nicht von der Politik, sondern vom Alltag der Praxis. Die Komplexität der Aufgaben hat stark zugenommen, die Erwartungshaltung der Bevölkerung auch. Beides bringt namentlich kleine Gemeinden zum Nachdenken. Der Kanton will Fusionen nicht erzwingen. Er sieht darin jedoch eine Stärkung der Gemeindeebene. (die Alternative wäre nämlich, dass bei überlasteten Gemeinden der Kanton selber in die Lücke springen und Aufgaben übernehmen würde. Das will er jedoch nicht). Der Kanton spielt auf Wunsch der Gemeinden die Rolle des erfahrenen Begleiters, der gegebenenfalls auch das Portemonnaie aus der Tasche zieht.
- **Die gesetzlichen Grundlagen:** Sie wissen es: Der Kantonsrat hat das neue Gemeindegesetz beschlossen. Grundsätzliches Ziel ist es, dass die Gemeinden ihre Aufgaben im Interesse der Bevölkerung selbstständig, demokratisch, rechtmässig und wirtschaftlich erfüllen können. Einerseits sind die neuen an die Privatwirtschaft angelehnten Regelungen zur Rechnungslegung transparenter. Sie liefern dadurch der Politik und der Verwaltung hilfreiche Informationen. Andererseits wird das neue Gemeindegesetz den Gemeinden ab 2017 im Vergleich zu heute grössere organisatorische Freiheiten bringen. Die Politik wird in den Bereichen politische Führung und Planung gestärkt. Die Verwaltung umgekehrt gewinnt bei der operativen Aufgabenerfüllung an Einfluss. Was auf Verwaltungsebene entschieden werden kann, soll auch durch die Verwaltung entschieden werden. (Wir wollen ja keine Zustände wie im Fall einer Annahme der Gebühren-Initiative – aber lassen wir das!). Die Gemeinden werden entscheiden und regeln müssen, wie sie mit den möglichen Änderungen umgehen wollen. Das ist eine herausfordernde Aufgabe gerade für Sie Verwaltungsfachleute. Natürlich muss sich auf gewissen Feldern eine Praxis erst entwickeln. Aber wir haben im neuen Gemeindegesetz eine neue, auf Jahre hinaus verlässliche Rechtsgrundlage für das Wirken der Gemeinden. Ich denke, das ist gerade für Sie eine gute Grundlage.



- Bleibt das Geld: Da sind die Gemeinden zu einem grossen Teil ihres eigenen Glückes Schmied. Sie kennen meine Parteizugehörigkeit und so wird es Sie wenig überraschen, wenn ich Ihnen sage, dass ich mich nicht zu denen zähle, deren einziger politischer Programmpunkt die Senkung des Steuerfusses ist. Ich meine, die Bürgerinnen und Bürger haben davon auch langsam genug. Wir zahlen moderat Steuern und bekommen dafür sehr viel Leistung. Es erstaunt deshalb auch nicht, dass in den Gemeinden die Fronten bezüglich Festsetzung der Steuerfüsse etwas weniger verhärtet sind als im Kantonsrat. Die Bürgerinnen und Bürger wissen, dass politische Zechprellerei, also Leistungen bestellen, aber die Mittel nicht zur Verfügung stellen, auf die Länge nicht geht.

Auf diesen vier Pfeilern (gutes Personal, Mindestgrösse, moderne gesetzliche Grundlagen und ausreichende Mittel) steht der Erfolg der Gemeinden auch künftig. Als Anhängerin des Subsidiaritätsprinzips ist für mich klar: Was die Gemeinde besser als die übergeordneten Gremien erfüllen kann, soll sie tun. Subsidiarität kann aber nur funktionieren, wenn alle Ebenen für ihr Tun die volle Verantwortung übernehmen. Die Freiheit der Gemeinden endet dort, wo das Gesetz den Rahmen setzt. Um die Rechtssicherheit und die Rechte der Bevölkerung beispielweise auf Gleichbehandlung, nach Massgabe der Verfassung zu wahren, muss jedes staatliche Tun, auch das der Kantone kontrolliert werden. Dazu haben wir in der Schweiz das Prinzip der geteilten Macht, einerseits zwischen Volk, resp Parlament, Regierung und Justiz und andererseits zwischen Gemeinden, Kantonen und dem Bund. Gerade weil mir die Gemeindeautonomie wichtig ist, ist mir auch die sorgfältige Kontrolle der Gemeinden wichtig.

Zum Schluss möchte ich nochmals zu Ihnen zurück kommen. Ich möchte Ihnen meinen Respekt für Ihr Wirken versichern. Keine andere Behörde, kein politisches Gremium ist näher dran an der Bevölkerung als Sie. Kein anderes Gremium bekommt Kritik direkter zu hören als Sie, wenn etwas nicht funktioniert.. Die Zürcher Gemeinden leisten grossmehrheitlich hervorragende Arbeit und das auf ständig steigendem Niveau. Chapeau für die Dienste, die die Gemeindeverwaltungen unter Ihrer Führung leisten. Und herzlichen Dank im Namen von 1,4 Millionen Zürcherinnen und Zürchern.

Und nun habe ich noch eine Bitte. Ich würde mich sehr freuen, wenn wir unsere Zusammenarbeit noch verstärken können. Es werden in den nächsten Jahren weitere, zusätzliche Anforderungen auf uns zukommen werden. Das Tempo und der Druck auf eine ständige Verfügbarkeit Ihrer Dienstleistungen wird weiter steigen. Fixe Öffnungszeiten werden mehr und mehr einer Online-Erreichbarkeit rund um die Uhr weichen.

Ich bin überzeugt: Zusammen schaffen wir das besser! Sie alle sind dem Kanton ein wichtiges und zuverlässiges Vis à vis im fachlichen Austausch zur Erarbeitung von Gesetzen, Verordnungen und Handbüchern. Bitte nutzen Sie diese Möglichkeit und verhelfen Sie uns mit Ihrem Fachwissen zu ausgereiften Lösungen. Aktuell arbeiten unsere Leute im Gemeindeamt ja an einer Verordnung zum neuen Gemeindegesetz. Ich denke, der Regierungsrat wird dazu in der zweiten Hälfte dieses Jahres eine Vernehmlassung durchführen. Bringen Sie sich dort bitte ein. Sagen Sie uns, was Ihnen als Gemeindevertreter für Ihre Arbeit nützt. Seien sie ein Pfeiler der weiteren Entwicklung. Ich verspreche Ihnen: Wir sind an Ihren Meinungen interessiert.

Mir bleibt, meine Dank zu wiederholen. Danke, dass ich hier heute kurz bei Ihnen zu Gast sein durfte. Danke, dass Sie sich mit so viel Einsatz für das Wohlergehen der Zürcher Gemeinden einsetzen und danke, dass Sie auf verschiedenen Feldern Entwicklungen eigeninitiativ vorantreiben. Ich verspreche Ihnen: Sie werden in dieser Haltung in mir eine verlässliche Partnerin haben.